Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 61 (1967)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Friedensheuchelei ; Ein Revolutionsjahrzehnt? ; Entwicklung nach links ; Romkirche und Welt ; West- und Ostblock

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141273

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Friedensheuchelei Kaum ein Tag vergeht, ohne dass wir in der Presse von Protesten hochgestellter Persönlichkeiten und ganzer Gruppen, Vereinigungen, Körperschaften von Menschen in aller Welt gegen die *amerikanische Kriegführung* in Vietnam lesen. Gleichzeitig setzen berufene wie unberufene Diplomaten ihre fast verzweifelt anmutenden Bemühungen fort, die *beiden* Kriegsgegner zur Annahme von Vorschlägen zu bewegen, deren Verwirklichung, wie sie glauben, geeignet wäre, ein Ende des grausigen Mordens und Verwüstens in Vietnam herbeizuführen. Und doch nimmt der Krieg seinen erbarmungslosen Fortgang. «Ja, wenn es auf uns ankäme», sagen freilich die Amerikaner, «dann wäre der Krieg schon lange zu Ende. Aber es kommt vor allem auf die Kommunisten an, die den Krieg begonnen haben. Und solang sie ihren Angriff auf die Freiheit Südvietnams fortsetzen, sind wir eben gezwungen, zum Wohl der ganzen freien Welt die Unabhängigkeit und das Leben des südvietnamesischen Volkes zu verteidigen, in Erfüllung der Verpflichtung, die wir gegenüber der souveränen Regierung Südvietnams eingegangen sind.»

Wie diese Verteidigung von Leben und Freiheit Südvietnams tatsächlich aussieht, wird man alle Tage besser gewahr. Der amerikanische Senator Morse, einer der wenigen Politiker der Vereinigten Staaten, die tapfer der Regierung Johnsons die Wahrheit sagen, stellte in einer Rede vor dem Senat (26. Februar) fest, dass die amerikanische Befreiungsarmee Monat für Monat ungefähr tausend Einwohner Südvietnams umbringt – «ein Hohn auf unsere Behauptung, dass wir das Volk von Vietnam vor den Vietkong schützen». Und mit welch abgefeimter Barbarei die Amerikaner vietnamesische Dörfer, Äcker, Wiesen und Wälder samt dem ganzen zugehörigen Viehbestand vernichten, ist zu oft im einzelnen beschrieben worden, als dass wir es hier zu wiederholen brauchten. Das ist, wie ein anderer USA-Politiker, Senator Young, mit gutem Grund gesagt hat, wahrhaftig «eine Offensive, von der man in Asien noch nach hundert Jahren mit Erbitterung reden wird».

Was aber die «*bedingungslose Friedensbereitschaft*» betrifft, die die Regierung der Vereinigten Staaten für sich beansprucht, so ist das eitel Heuchelei. Das gilt besonders von ihrer Behauptung, sie werde sofort den Luftkrieg gegen Nordvietnam einstellen, wie das besonders U Thant, der Generalsekretär der UNO, immer wieder verlangt, wenn sie sicher sein könne, dass Nordvietnam seinerseits jede Hilfe an die südvietnamesische Befreiungsarmee einstelle. Nur sehr gedankenlose Leute können eine derartige Kehrtwendung Nordvietnams als billige Gegenleistung für den Abbruch des amerikanischen Luftkrieges anerkennen. Der Krieg zwischen den USA und Nordvietnam – wie er auch entstanden sein mag – wurde ja, wenn auch mit vollkommen ungleichen Kräften, von Anfang an in *Südvietnam* ausgefochten. Erst als die Amerikaner auf diesem Schauplatz mit

ihrem Gegner nicht fertig wurden, dehnten sie ihn einseitig auf Nordvietnam aus, in der Absicht, die Regierung von Hanoi dadurch zur Unterwerfung zu zwingen. Von einer Gegenleistung Nordvietnams für eine Zurücknahme dieser einseitigen Kriegserweiterung, als Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen, kann also keine Rede sein. Würde Nordvietnam diese angebliche Gegen- und Vorleistung erbringen, so würde es damit den Krieg bereits als verloren erklären. Die Amerikaner hätten ihren Kriegszweck erreicht; Nordvietnam würde aus dem Kampf ausscheiden und den Vietkong der «Erledigung» durch die USA-Armee überlassen. Was höchstens das *Ziel* von Friedensverhandlungen sein könnte – der Rückzug der nordvietnamesischen Streitkräfte aus dem Süden –, wäre damit schon von vornherein erreicht, ohne dass die Vereinigten Staaten ebenfalls eine Verpflichtung zur Räumung Vietnams hätten eingehen müssen. Dass sich Nordvietnam auf einen solchen plump betrügerischen Handel nicht einlassen kann, sollte für jeden halbwegs redlichen Menschen selbstverständlich sein.

Aber das ist es ja gerade: die Amerikaner wollen kein Südvietnam, das von jeder Beherrschung durch auswärtige Mächte frei wäre; sie wollen eines, das unter *ihrem* «Schutz» in *ihrem* Einflussbereich bliebe, aber natürlich jeder nordvietnamesischen Einflussnahme entzogen wäre. Und doch ist keine zuverlässige Befriedung Vietnams anders möglich als durch die klare, saubere *Neutralisierung ganz Vietnams,* hat doch auch Nordvietnam keinerlei Lust, ein Satellitenstaat Chinas zu werden; es würde vielmehr so etwas wie ein asiatisches Jugoslawien werden, das keinem ausländischen Machtsystem angeschlossen wäre. Um dieses Ziel zu erreichen und Nordvietnam in *diesem* Sinn an den Verhandlungstisch zu bringen, müssten die Vereinigten Staaten *ihrerseits* ein Zugeständnis machen: eben die Einstellung ihres Luftkrieges gegen Nordvietnam. So hat es auch die schwedische Regierung gemeint, als sie im Reichstag erklären liess: «Die schwedische Regierung bestätigt ihre Auffassung, wonach die Vereinigten Staaten die Beschiessung Nordvietnams einstellen sollten. ... Das Volk von Vietnam muss endlich das Selbstbestimmungsrecht erlangen.»

Solang Washington dem Volk von Vietnam dieses Recht verweigert und statt dessen als Treuhänder und Gendarm der internationalen Gegenrevolution Südvietnam der Herrschaft des berühmten Freiheitshelden Marschall Ky überantwortet wissen will, sind alle seine Friedensbeteuerungen nicht aufrichtig und nicht ernst zu nehmen. Sie dienen nur zur Verdeckung der wahren Absicht Amerikas, durch Statuierung eines Exempels in Vietnam die Kräfte der sozialen Umwälzung zunächst in Asien, dann aber auch in den anderen Erdteilen zu entmutigen und zurückzuwerfen. Insofern ist die vielberufene Dominotheorie schon richtig: Vietnam könnte, wenn es den USA verloren ginge, auch andere Steine auf dem Spielbrett zu Fall bringen. «Wenn Vietnam den Vereinigten Staaten erfolgreich trotzt, werden die Rebellen gegen Amerikas Marionettenregierungen in Venezuela, Kolumbien, Brasilien und überall in der Welt Mut fassen, und die Amerikaner könnten sie nicht alle unterdrücken. Die fortgesetzte Ausbeutung von

Öl und anderen Bodenschätzen, die Dominierung der Volkswirtschaften dieser Länder durch amerikanische Unternehmen geriete in Gefahr... Zentrale Interessen stehen auf dem Spiel. Aber das sind die Interessen der amerikanischen Unternehmen, deren Konzessionen und Interventionen im Ausland von Militärdiktaturen, die sich von den USA aushalten lassen, geschützt werden. Es sind nicht die Interessen der amerikanischen Soldaten und Steuerzahler; sie bezahlen nur die Zeche.» (Professor F. D. Wormuth, Salt Lake City, USA, in den «Blättern für deutsche und internationale Politik», Köln, März 1967.)

Ein Revolutionsjahrzehnt? Wie begründet die Sorge der Amerikaner um die weltpolitischen Folgen eines Versagens ihrer Militärmacht in Vietnam ist, erhellt nicht zuletzt aus den Fernwirkungen ihres südostasiatischen Krieges auf *Lateinamerika.* Die Tatsache, dass ein so kleines und armes Volk wie das von Vietnam bisher der gewaltigsten Militärmaschine der Welt hat erfolgreich Widerstand leisten können, ermutigt offenkundig weit herum in Mittel- und Südamerika die revolutionären Kräfte, in ihrem Kampf gegen den nordamerikanischen Imperialismus und seine einheimischen Bundesgenossen dem vietnamesischen Beispiel zu folgen. Dies um so mehr, als in diesem Kampf Kuba ihnen so erfolgreich vorangegangen ist.

In einigen unserer letzten Hefte (November und Dezember 1966, Januar 1967) ist bereits über den Stand der grossen Freiheitsbewegung in verschiedenen Ländern Lateinamerikas berichtet worden. Inzwischen haben uns über die jüngste Entwicklung des revolutionären Kampfes in Mittel- und Südamerika Berichte erreicht, die das bisher gewonnene Bild teils zu verändern, teils wertvoll zu ergänzen vermögen. Der Eindruck verstärkt sich, dass die wachsende Not der niedergehaltenen Volksmassen auch die sogenannten subjektiven Bedingungen für eine revolutionäre Erhebung schneller heranreifen lässt, als meistens angenommen wird. Das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten hat zwar vor einiger Zeit in Aussicht gestellt, dass das kommende Jahrzehnt für die unterentwickelten Völker ein Hungerjahrzehnt sein werde. Aber Fidel Castro sagt demgegenüber voraus, das nächste Jahrzehnt werde eher ein «Revolutionsjahrzehnt» sein. Es wäre lächerlich, meinte er, anzunehmen, dass die Menschen den Dingen tatenlos zusehen und ruhig Hungers sterben würden. «Die Menschen würden tausendmal lieber von einer Kugel sterben, denn der Hungertod ist eine der schlimmsten Todesarten, die man sich denken kann.»

Auf jeden Fall mehren sich die Zeugnisse dafür, dass die revolutionären Bewegungen in Mittel- und Südamerika immer bewusster nach einer Vereinheitlichung ihres Kampfes über alle Grenzen weg streben. «Für uns», so sagte beispielsweise am lateinamerikanischen Studentenkongress in Havana vom Sommer 1966 einer der Hauptsprecher, Armando Hart, «für uns gibt es tatsächlich keinen Unterschied zwischen unserem Land Kuba und unserem Land Lateinamerika. Für uns sind die Grenzen verschwunden, und der Kampf hat einen allumfassenden Charakter angenommen... In mehreren

Ländern Amerikas gewinnt der Kleinkrieg an Stärke und Ausdehnung. In diesen Ländern nimmt der Kampf einen neuen und andersartigen Charakter an.» Und dieser Kampf, so fügte der Redner bei, sei alles andere als aussichtslos. Wenn die Nordamerikaner 400 000 Mann brauchten, um gegen die Volkskräfte in Vietnam einigermassen aufzukommen, so müssten sie diese Zahl verfünfzigfachen, wenn es sich um die Niederwerfung eines allgemeinen Volksaufstands in Lateinamerika handeln würde – und dazu seien die USA überhaupt nicht imstande, auch wenn sie lateinamerikanische Söldner anwerben könnten.

Ich habe in der Januar-Weltrundschau darauf hingewiesen, dass man in den Kreisen der radikalen Linken Südamerikas über die Haltung der *kubanischen Regierung* gegenüber Nordamerika auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite besorgt sei. Man befürchte, Kuba könne sich dem Freiheitskampf im übrigen Lateinamerika entfremden, weil es mit der Sowjetunion verbunden sei und diese nicht ihre friedliche Koexistenz mit den USA durch die Unterstützung revolutionärer Bewegungen in irgendeinem Teil der Welt gefährden wolle. Diese Besorgnis scheint inzwischen eher gegenstandslos geworden zu sein. Wie die Neuyorker «Monthly Review» (Februar) schreibt, der wir besonders gute Aufklärung über Lateinamerika verdanken, verzichte Fidel Castro neuerdings mehr und mehr auf heftige Anklagen gegen China und wage sogar vorsichtige Kritik an der Sowjetunion, obwohl Kuba doch für den Absatz von Zucker und die Versorgung mit Industriegütern auf die Ostblockländer angewiesen sei. Kuba habe seine enge Verbundenheit mit den radikal-sozialistischen Kräften des übrigen Lateinamerikas wiedergefunden. Fidel Castro greife fortwährend die «Scheinrevolutionäre» in Mittel- und Südamerika an, «worunter er – wie jedermann weiss – die bürokratischen Führergruppen der herkömmlichen kommunistischen Parteien Lateinamerikas versteht». Die Neuyorker Zeitschrift führt eine Rede Castros vom 31. Juli 1966 an, worin er sagte: «Wenn mich jemand fragen sollte, wer die wichtigsten Bundesgenossen des Imperialismus in Lateinamerika sind, so würde ich nicht antworten, das seien die Berufsarmeen oder gar die Yankee-Marinefüsiliere. Ich würde nicht sagen, das seien die Herrenschichten oder die reaktionären Klassen. Ich würde sagen, es seien die Scheinrevolutionäre.» Die «Monthly Review» glaubt feststellen zu können: «All die alten, herkömmlichen Linksparteien (in Lateinamerika) sind im Zerfall begriffen. Das ist besonders deutlich im Fall der an Moskau orientierten kommunistischen Parteien, die... theoretisch bankerott sind und mit ihren verkalkten Bürokratien, die von der Gunst des Auslandes leben, politisch im Sterben liegen. Aber es gilt nicht weniger von etlichen anderen offiziellen Linksorganisationen, wie der parlamentarisch ausgerichteten Sozialistischen Partei Chiles oder gewissen kommunistischen Splitterparteien, die ihre Folgsamkeit von Moskau nach Peking verschoben haben, ohne tatsächlich ihren bürokratischen Charakter zu ändern.» Neue Parteien und Organisationen seien im Entstehen, so in Chile, in Brasilien, Kolumbien und Venezuela. Überall seien es junge Männer, die die Führung übernommen hätten und

sich weder auf die Sowjetunion noch auf China, sondern auf Kuba ausrichteten. Und die kubanische Führerschaft arbeite ihrerseits eng mit diesen Bewegungen zusammen, aus deren Fortschritt sie selbst neue Kraft schöpfe.

Entwicklung nach links Die jungen Träger und Führer des Kampfes gegen die von den Vereinigten Staaten gestützte Klassenherrschaft in den lateinamerikanischen Ländern wissen gut genug, dass es sich um ein langes, hartes Ringen handelt, das eine ganze Geschichtsperiode ausfüllen wird und die Zusammenfassung und höchste Anspannung aller Kräfte erheischt. Die Wirkungen der vielen Fehler der Vergangenheit werden nur nach und nach überwunden werden können; aber ein vielversprechender Anfang in der neuen Richtung scheint doch in einer Reihe von Ländern gemacht zu sein. Freilich, in den jüngeren Widerstandsbewegungen ist man überzeugt, dass nur ein *bewaffneter Aufstand* die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnungen zerschlagen könne und dass an die Stelle der Söldnerarmeen, die jetzt die revolutionären Regungen niederzuschlagen bemüht sind, ein Volksheer von Bauern, Arbeitern, Studenten und Intellektuellen treten müsse. Aber die Erfahrungen mit Kuba, mit der Gegenrevolution in Guatemala (1954), in der Dominikanischen Republik (1965), aber auch in Bolivien und Brasilien – um von anderen zu schweigen – lassen, wie sie glauben, keinen anderen Weg offen. Und wer sie deswegen als Gewaltgläubige verurteilt, der muss in erster Linie seine Anklage gegen die Gewaltherrschaft der dünnen Oberschicht richten, die seit Jahrhunderten schon in rohesten und grausamsten Form die Ausbeutung der eingeborenen indianischen Bevölkerung betreibt und es unmöglich gemacht hat, dass das «niedere» Volk die geistige Reife erlangt, die nötig wäre, um ohne Gewaltanwendung eine grundlegende Umwälzung der bestehenden Eigentums- und Wirtschaftsordnung zu vollziehen. Denn das ist ja sicher: ohne solch eine radikale, also an die Wurzeln des Übels greifende Umwälzung ist die Befreiung des hungernden ,notleidenden, in jeder Beziehung verwahrlosten Land- und Industriearbeitervolkes nicht zu erlangen. Und dass die Nutzniesser des Alten im In- und Ausland sich ihrer Vorzugssstellung freiwillig begeben würden, dafür fehlen vorderhand alle Anhaltspunkte. Vietnam zeigt, wozu sie imstande sind, wenn ihre Herrschaft ernstlich bedroht ist.

Strategie und Taktik der Aufstandsbewegung wechseln natürlich von Land zu Land. Es bildet sich aber offenbar doch eine *Guerillatätigkeit* heraus, die – wir haben das schon früher erwähnt – auf die Schaffung organisierter Kernstellungen ausgeht, von denen aus weiterer Boden gewonnen werden soll. So ist im Sommer 1966, in gebirgiger Gegend Venezuelas, eine Guerillafestung errichtet worden, die von einer für Lateinamerika ausnehmend starken und gut ausgerüsteten Streitkraft gehalten wird und als uneinnehmbar gilt. Weitere Zentren dieser Art sollen in Venezuela und anderen Ländern geschaffen worden sein oder vorbereitet werden. Gerade während ich dies schreibe, ist in der Zeitung eine Meldung aus La Paz zu lesen, wonach in drei südamerikanischen Staaten – Bolivien, Venezuela und

Kolumbien – Regierungstruppen im Kampf gegen «linksextreme Aufständische» stehen, die von Kuba aus unterstützt sein sollen. Der seit geraumer Zeit aus Kuba verschwundene Ernesto «Che» Guevara, der dort in und nach der Revolution eine so bedeutende Rolle gespielt hat, wird dabei als einer der Führer der Guerillakämpfer besonders genannt.

Dass Kubas Führerschaft mit den als reformistisch verpönten alten Oppositionsparteien Lateinamerikas gebrochen hat und die neuen revolutionären Kräfte unterstützt, die sich mehr und mehr über die Landesgrenzen weg zusammenschliessen, scheint jedenfalls kaum mehr bezweifelt werden zu können. Bemerkenswert ist aber auch, dass in Kuba selber wieder ein ausgesprochener *Linkskurs* eingehalten wird. Die revolutionäre Bewegung hat in den letzten Monaten einen neuen Aufschwung genommen. Bezeichnend dafür sind nach privaten Berichten, die der «Monthly Review» zugekommen sind, zwei Tatsachen. Auf der einen Seite sind die Gewerkschaften von aller politischen Kontrolle befreit und ganz auf eigene Füsse gestellt worden. Ihre Funktionäre werden auf vollkommen demokratische Art gewählt, so dass ihre Führerschaft gründlich erneuert und verjüngt worden ist. Die Selbstbestimmung und die freiwillige Beteiligung der Arbeiter am Aufbau der neuen Ordnung seien dadurch mächtig angeregt und gefördert worden. «Die Arbeiter», so sagte einer ihrer Sprecher, «haben heute vollkommenes Vertrauen in ihre Führer, weil sie diese selber gewählt haben. Und die Führer fühlen sich den Massen voll verantwortlich; sie sind voller Begeisterung für die Erfüllung der revolutionären Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, weil sie sich von den Massen erkoren empfinden.»

Auf der anderen Seite ist die lange Auseinandersetzung über das Verhältnis von *sittlichen Antrieben* und *materiellen Anreizen* für die Wirtschaftstätigkeit mit einem klaren Entscheid zugunsten der sittlichen Antriebe abgeschlossen worden. Die Leser erinnern sich vielleicht daran, dass ich gegen die «neue» Wirtschaftspolitik, die in den kommunistischen Ländern Europas eingeleitet worden ist und die sicher ihre erfreulichen Seiten hat, starke grundsätzliche Bedenken angemeldet habe. Eine Lockerung der Zwangswirtschaft, so suchte ich klarzumachen, sei nur möglich, wenn an die Stelle obrigkeitlichen Diktats in zunehmendem Mass sittliche Antriebskräfte für die wirtschaftliche Arbeit geweckt und nutzbar gemacht würden. Sonst laufe die Wirtschaft ernste Gefahr, mit verstärkten materiellen Anreizen, lockenden Gewinnaussichten und dergleichen billigen Mitteln in kapitalistische Bahnen zurückzufallen. Genau das gleiche wird auch in Kuba erkannt. Fidel Castro vor allem hat sich immer für die unbedingte Vorherrschaft der sittlichen, der im besten Sinn revolutionären Arbeitsantriebe eingesetzt. Desgleichen der jetzige Erziehungsminister José Llanusa, der zum Beispiel vor einem Studentenkongress erklärte, wenn materiellen Anreizen für wirtschaftliche und kulturelle Arbeit eine führende Rolle in einem sozialistischen Land zugebilligt werde, so werde es auf den Kapitalismus zurückfallen. «Erfolge werden erreicht durch Kameradschaft, durch revolutionäre Brüderlichkeit, die nie durch die sanften Mittel materieller

Anreize erreicht werden. Erfolg wird nicht durch Fahnen, Diplome oder Auszeichnungen erreicht, sondern nur durch tapferen Mut, proletarischen Geist und revolutionäre Aufgeschlossenheit.» Dass die kubanischen Gewerkschaften für diesen Geist gewonnen sind, ist offenbar, und dass der Parteitag, der im Laufe dieses Jahres stattfinden wird, sich im selben Sinn entscheiden wird, ist so gut wie sicher.

Die «Linksrichtung», die in der kubanischen Revolution durchgebrochen ist, kommt in dem Entscheid zugunsten des freiwilligen, von den besten moralischen Kräften getragenen Einsatzes für den Ausbau der neuen Ordnung besonders deutlich zum Ausdruck. Ihr erneuter Durchbruch ist eine Mahnung an die Wirtschaftsreformer der sozialistischen und kommunistischen Länder Europas, die aufs ernsteste beherzigt zu werden verdient! Wobei wir aber immer auch daran denken sollten, dass hinter der chinesischen «Kulturrevolution» trotz all ihren Verzerrungen und Ausschreitungen unverkennbar auch der Wille steht, den Sozialismus auf bewusste Zustimmung und uneigennützige Zusammenarbeit der Werktätigen aller Berufe zu gründen, ein Wille, der nie durch obrigkeitlichen Zwang und durch Reglementierung vom grünen Tisch aus ersetzt werden kann.

Romkirche und Welt Lateinamerika, das (äusserlich gesehen) fast ausschliesslich katholisch ist, ist auch für die römische Kirche von besonderer Wichtigkeit. Sie bringt aber auch den Fragen der andern unterentwickelten Länder immer grössere Aufmerksamkeit entgegen. Die Reise Pauls VI., des gegenwärtigen Papstes, nach Indien hat das auf eine fast dramatische Art bekundet. Auch während des zweiten römischen Konzils haben die Angelegenheiten der «dritten Welt» die versammelten Kirchenfürsten überaus lebhaft beschäftigt, wobei die aus den kolonialen und halbkolonialen Ländern gekommenen Bischöfe eine recht tätige Rolle spielten. Und nun widmet Paul VI. mit seiner *Enzyklika «Populorum progressio»* dem Problem der unterentwickelten Völker und den damit zusammenhängenden Fragen sogar eine eigene hochamtliche Untersuchung. Er bleibt mit dieser Themenwahl auf der Linie der beiden Enzykliken seines Vorgängers Johannes XXIII. «Mater et magistra» und «Pacem in terris», ohne freilich deren Schwung und Radikalismus zu erreichen, der seinerzeit so gewaltiges Aufsehen in der Welt erregt hat.

Mat hat mit Recht festgestellt, dass die neueste Botschaft des «Heiligen Vaters» einen erfreulich fortschrittlichen Gehalt aufweist. Paul VI. sagt den Nutzniessern und sonstigen Anhängern des Kapitalismus tatsächlich allerlei unangenehme Wahrheiten. Er redet davon, dass das «freie Spiel der Kräfte» und die Entfaltung der Privatinitiative, diese Zentraldogmen der Profitwirtschaft, nicht genügen, um eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu gewährleisten. Es sei vielmehr bewusste Planung des Wirtschaftsablaufes nötig, und zwar im Weltmassstab. Gott habe die Erde mit allem, was sie enthalte, für den Nutzen aller Menschen und Völker bestimmt; darum müssten diese geschaffenen Güter auch allen zustatten kommen, wobei die Gerechtigkeit die Führung haben müsse. Alle andern

Rechte müssten diesem Grundsatz untergeordnet werden, auch das Recht auf Eigentum und auf freie Marktwirtschaft. Die Mittel für eine vermehrte Unterstützung der unterentwickelten Länder will der Papst durch Ersparnisse bei den Ausgaben für Kriegsrüstungen beschafft und in einen Weltfonds für Entwicklungshilfe gelegt wissen.

Das sind Forderungen, die mit dem rechtgläubigen Wirtschaftsliberalismus nicht vereinbar sind, wenn sie auch nachgerade zu Selbstverständlichkeiten geworden sind und nichts Revolutionäres mehr an sich haben. Der Papst bemüht sich ausserdem noch besonders, seinen Aussagen den Anschein von schreckhaftem Neuerertum zu nehmen, den sie für ängstliche Gemüter haben könnten. Er umgibt sie mit Vorbehalten und Einschränkungen, die zum Teil wieder aufheben oder doch abschwächen, was er an «Grundsätzlichem» verkündet hat. Von einer «allgemeinen Kollektivierung» dürfe natürlich keine Rede sein, so betont er ausdrücklich; auch vor «staatlichem Dirigismus» warnt er entschieden als einem gefährlichen Irrweg, und selbstverständlich den Kommunismus verwirft er in Bausch und Bogen als «extreme und verhängnisvolle Scheinlösung», zu der nur «materielle Not und geistige Haltlosigkeit» führen könnten.

Was aber noch wichtiger ist: Paul VI. bleibt mit seinen Anregungen für einen weltweiten Feldzug gegen Hunger und Not der unterentwickelten Völker fast ganz in *unverbindlichen Allgemeinheiten* stecken, die keine greifbaren, der tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Lage entsprechenden Lösungen bieten. Die Erwähnung einer gewissen «Geburtenkontrolle» als Beitrag zur Bekämpfung der Übervölkerung unserer Erde ist vielleicht der einzige Hinweis auf eine ohne weiteres ausführbare Vorkehrung, die die Enzyklika enthält, obwohl kein Mensch weiss, was der Papst mit seinen dunklen Bemerkungen über diese Frage eigentlich meint. Im übrigen Text des Rundschreibens wird auf jeden Fall die Aufstellung eines auch nur umrisshaften Tätigkeitsprogramms für die Überwindung der Weltnöte sorgfältig vermieden. Auch die «Neue Zürcher Zeitung» bemängelt diese «Unsicherheit, ja Schwäche» in der Konkretisierung der päpstlichen Forderungen, wenn man diese Aussetzung in dem Kommentar zur Enzyklika (in Nr. 1379) überhaupt als Vorwurf auffassen darf; das Sprachrohr eines so massgebenden Teils der deutschschweizerischen Kapitalistenklasse, wie er in der «NZZ» seinen journalistischen Ausdruck findet, hätte eher Grund, über die Verschwommenheit einer Botschaft, die «aus Generalisierungen lebt», recht befriedigt zu sein, und rühmt es auch wirklich sehr, dass Paul VI. dank seinem «abwägenden Sinn» und seiner «skeptischen Vorsicht» trotz aller Kritik an bestehenden Ordnungen «nicht gleichsam mit vollen Segeln auf ein programmiertes Utopia lossteuert».

Von solcher Verwegenheit kann bei Paul VI. tatsächlich keine Rede sein. Aber noch mehr: der Kritiker von Liberalismus und Kapitalismus hütet sich wohlweislich, die *ganz konkrete Schuld* der «freien Marktwirtschaft» und des profitsuchenden Unternehmertums an der Not der unterentwickelten, das heisst vom europäisch-nordamerikanischen Kapitalismus ausgebeuteten Völker und Klassen aufzuzeigen. Wenn die schönen Grund-

sätze, die das Rundschreiben des katholischen Oberhirten aufstellt, mehr als nur Papierwert haben sollen, müssen eben diese Zusammenhänge wirklichkeitsgemäss aufgedeckt und beispielsweise die Sünden und Verbrechen der herrschenden Klasse in den Vereinigten Staaten gegenüber den Völkern Lateinamerikas und Südostasiens rückhaltlos blossgestellt werden, was nichts anderes heisst, als dass im grossen Kampf unserer Zeit Partei ergriffen werden muss, sei es auch «nur» durch Suchen und Aussprechen der konkreten Wahrheit. Ähnliches gilt für die Fragen der Auf- und Abrüstung, bei denen es zwar billig und «vorsichtig» ist, nur grosse allgemeine Menschheitsforderungen zu erheben, aber, wenn auch oft undankbar, allein vorwärtsführend, aus den Abstraktionen herauszukommen und die politischen und wirtschaftlichen Mächte, die hinter den Kriegsrüstungen wirken, mit Namen und Ort unzweideutig zu kennzeichnen.

Es ist typisch nicht nur für die neue päpstliche Enzyklika, sondern für die Politik der Romkirche überhaupt, dass so etwas an leitender Stelle des Weltkatholizismus überhaupt nicht geschieht. Das Äusserste, was sich der Vatikan leistet, ist, dass er sich – meistens gewunden genug – geistigen und politisch-sozialen Entwicklungen anschliesst, die sich *ausserhalb* des organisierten Christentums aller Bekenntnisse, ja oft genug im Gegensatz dazu, angebahnt haben und nun allmählich auch in katholische Kreise eindringen. Das Vatikankonzil hat dieses Eindringen «moderner Ideen» in den Kirchenraum deutlich genug geoffenbart. Aber ist es wirklich die Aufgabe einer Organisation, an deren Spitze ein angeblicher Stellvertreter Christi steht, nur mühsam mit der allgemeinen geistigen Weltentwicklung Schritt zu halten, und auch das nur mit Vorbehalten hinten und vorn und ohne verpflichtende Festlegung – um von dem die Regel bildenden *Zurückbleiben* der Kirchen hinter den fortschrittlichen Bewegungen weltlicher Prägung ganz zu schweigen? Müssten die Kirchen nicht die Bahnbrecher von Bewegungen sein, die im Sinn und Geist des Evangeliums auch die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen, die politischen Verhältnisse dieser Welt radikal umzuwälzen und zu erneuern trachten?

Die Romkirche denkt nicht von fern an eine solche Rolle, die sie spielen sollte. Sie ist dermassen mit den herrschenden Mächten der Welt verhängt und verfilzt, dass sie mindestens in ihren Führungskörperschaften zum klaren Widerstand gegen sie weder willens noch fähig ist. Wieder in die Katakomben zu gehen, dazu hat man in den Prachtsbauten der Vatikanstadt mit ihrem religiösen Pomp und Hochbetrieb wahrlich keine Lust; so etwas überlässt man den Untergrundbewegungen in den Ländern der «dritten Welt», denen bessere Entwicklungshilfe als bisher zu leisten man dafür die kapitalistischen Regierungen ernstlich und eindringlich auffordert...

Und ein solches «Christentum» soll noch Werbekraft auf die gottlose Welt ausüben? Gerade in diesen Wochen regt man sich in Italien wieder einmal über die *Steuerbefreiung* auf, die der Staat dem Vatikan für seinen italienischen Aktienbesitz gewährt. Nach der Londoner «Daily Mail» ist der Vatikan der grösste Aktienbesitzer der Welt, mit einem Bestand an Wertpapieren in der Höhe von etwa 25 Milliarden Schweizer Franken.

Für seine Dividendenbezüge aus italienischen Aktien hätte er seit 1963 nach allgemeinem Recht rund 276 Millionen Schweizer Franken an Steuern bezahlen müssen; das erwähnte Abkommen mit dem Staat ersparte ihm bisher diesen Aderlass, aber in Italien empfindet man es weitherum als öffentliches Ärgernis, dass sich die Katholische Kirche eine solche Ausnahmestellung hat einräumen lassen, und verlangt deren endliche Aufhebung, schon um der Steuerehrlichkeit willen, die in katholischen Ländern nicht grösser sein wird als in nichtkatholischen. An *solcherlei* ganz praktische Reformen heranzugehen, stünde dem Vatikan entschieden besser an und würde sicher einen günstigeren Eindruck in der Welt machen, als ein Programm für soziale Entwicklungshilfe anzudeuten, das, wie die «Neue Zürcher Zeitung» meint, «die katholische Welt nicht leicht in Aktion wird umsetzen können»! *

West- und Ostblock Irgendwelchen wahrnehmbaren Einfluss auf die grossen weltpolitischen Auseinandersetzungen wird der päpstliche Vorstoss zugunsten einer gerechteren Verteilung der Güter dieser Erde, einer Verengerung der Kluft zwischen den besitzenden Nationen und den Habenichtsen, kaum haben. Ebensowenig auf Fortgang oder Beendigung des *kalten Krieges zwischen «West» und «Ost»*, von dessen Weiterentwicklung es eben doch entscheidend abhängt, ob der Weltfrieden – wenn auch in noch so brüchiger Form – erhalten oder gar auf gediegenere Grundlagen gestellt werden kann. Dass dabei dem Vietnamkrieg eine besondere Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand, stört er doch die Politik der friedlichen Koexistenz der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion höchst unliebsam. Beide Grossmächte suchen aus ihm Vorteile für ihre Sonderabsichten zu ziehen. Die Sowjetunion nützt die Verwicklung der USA in den Kampf um Südostasien dazu aus, für ihre Europapolitik, die

---

* Der Pariser «Nouvel Observateur» (5. April) macht sehr bemerkenswerte Angaben über den *kapitalistischen Grossbetrieb,* den der Vatikan unterhält. Danach hat der Vatikan heute sozusagen vier Finanzministerien: die Verwaltung der Güter des Heiligen Stuhls, die Sonderverwaltung des Heiligen Stuhls, das Institut für die religiösen Werke und die Generaldirektion der Wirtschaftsdienste der Vatikanstadt. Die beiden bedeutendsten Einrichtungen sind die «Sonderverwaltung» und das «Institut», das eine übermoderne Bank mit allen Hilfsmitteln neuzeitlicher Finanztechnik ist. Von diesen Mittelpunkten aus nimmt der Vatikan in weitestem Ausmass an den weitverzweigten Geschäften des internationalen Kapitalismus teil. Auch an Wirtschaftsunternehmungen in Italien und in aller Welt ist er massgebend beteiligt. Dazu gehören Eisenbahnen, Elektrizitätsgesellschaften, Teigwarenfabriken, Versicherungen, Hotels, Fluggesellschaften, Automobilwerke, touristische Betriebe, Telephonunternehmungen, Chemiebetriebe, Radiostationen, Grundstücke, Miethäuser usw. usf. Dabei gehen alle diese Geschäfte des Vatikans fast ganz unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich. Der Vatikan, so schreibt die genannte Pariser Wochenzeitung, «ist der einzige Staat, die einzige Regierung in der Welt, die kein Budget, keine Bilanz veröffentlicht. Er ist die einzige grosskapitalistische Unternehmung, die einzige bedeutende Bank der Welt, die keiner Aufsicht von seiten ihrer Aktionäre untersteht... Im Grund fragt man sich manchmal, wie die Kirche gewisse evangelische Forderungen von Armut mit diesem unermesslichen Reichtum vereinbaren kann, in engem und dauerndem Zusammenspiel mit jenem Kapitalismus, dessen Verdammung sich der Vatikan zuweilen leistet...»

wesentlich in der Eindämmung des neuen westdeutschen «Dranges nach Osten» besteht, Zugeständnisse von Washington herauszuholen. In Washington hingegen scheint man zu hoffen, dass der Vietnamkrieg nicht nur dem asiatischen Kommunismus eine vielleicht tödlich wirkende Niederlage bereiten, sondern auch den Block kommunistischer Staaten *in Mittel- und Osteuropa* erschüttern werde. Darauf lassen wenigstens merkwürdige Äusserungen schliessen, die nach «Stone's Weekly» (13. März) Senator Jackson, ein Vertrauter Präsident Johnsons, kürzlich getan hat. Jackson glaubt nämlich, die Tatsache, dass die Sowjetunion mit all ihrer gewaltigen Militärmacht nicht imstande sei, dem amerikanischen Luftkrieg gegen das kommunistische Nordvietnam Einhalt zu gebieten, müsse niederdrückend auf andere kommunistische Staaten – vor allem in Europa – wirken, die sich jetzt fragten, ob ihnen die Sowjetunion in einer ähnlichen bedrängten Lage Hilfe bringen könnte. Die Russen würden auf jeden Fall gezwungen, den grösstmöglichen Druck auf die Regierung von Hanoi auszuüben, um sie an den Verhandlungstisch zu bringen, wenn sie nicht eine bedenkliche Erschütterung des Ostblocks riskieren wollten.

Ob man in Washington wirklich auf eine solche Demütigung Moskaus ausgeht, mag fraglich erscheinen. So sehr die Sowjetunion darauf bedacht sein muss, ihr Ansehen als Beschützerin und Vorkämpferin der unterentwickelten Völker zu bewahren, so ist es doch wohl zu weit hergeholt, wenn man in den Vereinigten Staaten von Moskaus Ohnmacht in Vietnam eine Schwächung seiner Machtstellung und seines Einflusses auch in Europa erwartet. Eher ist, wie vorhin angedeutet, das Gegenteil der Fall. Es ist an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen worden, dass die Sowjetregierung die amerikanische Zustimmung zu einem Vertrag über die *Nichtweitergabe von Atomwaffen* an andere Staaten – lies: an *Westdeutschland* – nur darum zu erlangen vermochte, weil sie Miene machte, gegen Amerika schärfer als bisher aufzutreten, falls ihr nicht in ihrer Deutschlandpolitik ein wesentliches Zugeständnis gemacht werde. Die Regierung Johnsons konnte sich das um so eher erlauben, als ihr das so gefährlich erstarkte und immer anmassender gewordene Westdeutschland ohnehin mehr und mehr auf die Nerven geht. Wenn jetzt die Vereinigten Staaten Schwierigkeiten haben, ihre Verbündeten – abgesehen von Grossbritannien – für die geplante Kernwaffensperre zu gewinnen, so heisst das noch nicht, dass der Vertrag überhaupt nicht zustande kommen werde. Die Furcht von kernwaffenlosen Ländern wie Indien und Japan, sie könnten von Amerika im Stich gelassen werden, wenn eine Atomwaffen besitzende Macht – gemeint ist China – sie erpressen wolle, kann sicher durch Änderungen am Vertragstext ebenso überwunden werden wie die Sorge, die Nutzbarmachung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken werde in allen Staaten ohne Kernwaffen schwer behindert werden. Entscheidend bleibt, dass nicht dem hochgerüsteten Westdeutschland auch noch Zugang zu Atomwaffen gewährt wird mit der Begründung, die Entwicklung einer «*friedlichen*» Atomkrafttechnik werde ihm nur möglich sein, wenn es auch atomare *Waffen* herstellen dürfe. Man muss aber einfach abwarten, ob die zielbewusst

hinterhältige westdeutsche Propaganda gegen den Sperrvertrag nicht doch Erfolg hat. Die Vertagung der Genfer Abrüstungskonferenz bis zum 9. Mai und die bekannt gewordenen negativen Ergebnisse von Amerikas Verhandlungen mit seinen Verbündeten und Freunden versprechen nicht viel Gutes.

Immerhin hat sich Bonn wenigstens mit seiner «neuen» *Osteuropapolitik* bereits eine kräftige Schlappe geholt, und zwar obwohl es annahm, dass ihm dabei von Washington aus Schützenhilfe geleistet werde. Man hat dort tatsächlich in früheren Jahren versucht, den Ostblock «aufzuweichen», und die Westdeutschen ermutigt, sich die «zentrifugalen Kräfte» im kommunistischen Lager nutzbar zu machen, insbesondere durch Anbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zu den östlichen Volksrepubliken und entsprechende Auskreisung der Deutschen Demokratischen Republik. Aber der Vietnamkrieg hat eben für Washington auch diese Bestrebungen in den Hintergrund gedrängt; man hat jetzt dort andere Sorgen. Dennoch legte man in Bonn – noch unter Erhard – mit dem dort üblichen Feingefühl planmässig los und erreichte es auch, dass wenigstens Rumänien diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen beschloss, ohne Gegenleistungen wie die Anerkennung der DDR zu fordern.

Aber die Freude über diesen Erfolg war nur kurz. Die Sowjetunion, im Verein mit der DDR, leitete unverzüglich den Gegenstoss ein und brachte es zum mindesten fertig, dass Polen und die Tschechoslowakei unter sich wie mit der DDR vertragliche Abmachungen trafen, die eine Weiterverfolgung des «neuen» Ostkurses der Bundesrepublik ausschliessen und der DDR einen festen Rückhalt sichern. Ob auch Ungarn und Bulgarien auf diese Linie einschwenken, steht vorerst dahin; da diese beiden Staaten keine gemeinsame Grenze mit Westdeutschland haben, würde ihnen die Anknüpfung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zur Bundesrepublik nicht sehr schwerfallen, sofern sie die davon zu gewärtigende Verschlechterung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion und zur DDR in Kauf zu nehmen gewillt wären. Aber auch wenn Ungarn und Bulgarien schliesslich «den Rank finden» sollten, um mit Bonn ins reine zu kommen, würde das unter Bedingungen geschehen, die einem Scheitern der westdeutschen Sprengabsichten gegenüber dem Ostblock gleichkämen. Will man in Bonn eine *wirklich* neue Osteuropapolitik einleiten, so wird man sich endlich mit den harten Tatsachen abfinden müssen, die der Zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch des Dritten Reiches geschaffen haben. Die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Deutschen Demokratischen Republik gehört mit in erster Linie dazu. Und in Washington wird man sicher nichts gegen einen solchen Durchbruch der elementarsten Vernunft in den Köpfen der Kiesinger, Brandt & Cie. einzuwenden haben...

6. April *Hugo Kramer*